

Wir investieren in Kindertagesstätten, Schulen und Universitäten



41. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
16. - 18. Juni 2017, Berlin

Antragsteller*in: KV Frankfurt am Main
Beschlussdatum: 03.05.2017

Änderungsantrag zu GS-KS-01

Von Zeile 43 bis 45 einfügen:

Qualität sollen das bundesweit sicherstellen und der Bund soll sich an den Kosten beteiligen.

Alle Grundschul Kinder erhalten einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung in der Grundschule bis zum Ende der 4. Klasse. Dieser soll analog zum Rechtsanspruch für U3 und Kindergarten Kinder vereinbart werden. Auch für die Betreuung von Schulkindern müssen Mindestqualitätsstandards festgelegt werden. Die Bundesregierung soll die Bundesländer außerdem dabei unterstützen, ein Konzept für diejenigen Kinder zu entwickeln, die weder durch die Grundschul Kinderbetreuung noch durch Einrichtungen der Jugendhilfe aufgefangen werden (sogenannte „Lückekinder“). Der Rechtsanspruch für Grundschul Kinder kann entweder durch Ganztags Schulen oder durch andere freiwillige Modelle gedeckt werden.

Begründung

Viele Eltern verzweifeln, weil sie, sobald ihre Kinder schulpflichtig werden, keine Kinderbetreuungsangebote mehr vorfinden und teilweise sogar Arbeitszeit reduzieren müssen, um ihre Kinder zu betreuen. Während die Kommunen durch den Rechtsanspruch für U3 und Kindergarten Kinder finanziell unterstützt werden und verpflichtet sind, werden sie mit der Frage der Grundschul Kinderbetreuung häufig allein gelassen oder sind auf (freiwillige) Landesprogramme angewiesen. Dies ist ein unhaltbarer Zustand und kann nur durch einen Rechtsanspruch verändert werden.